

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 41 (1907)

78 (20.3.1907)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-721009](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-721009)

„Nachrichten“ erscheinen
täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 M 50 Pf., bezug die Post bezogen inkl. Bestellgeld 1 M 82 Pf.
Man abonniere bei allen Postämtern, in Oldenburg in der Expedition Peterstraße 5.
Fernsprech-Anschluss:
Redaktion Nr. 190, Exped. Nr. 46.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 78.

Oldenburg, Mittwoch, 20. März 1907.

XXXXI. Jahrgang.

Hierzu drei Beilagen.

Tagesrundschau.

In einem Ertragsbericht anlässlich der Johannisfeier bezeugte der Kaiser die Verdienste der Arbeiter gegen die Willkür als erstes Gebot des Lebens.

Kaiser Wilhelm wird mit seiner Gemahlin am 24. zu mehrtägigem Aufenthalt in Rapallo eintreffen.

Der Sultan hat dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, Schirmer, dem preussischen Kriegsminister v. G. in dem Orden 1. Klasse verliehen.

Der frühere deutsche Botschafter in Petersburg, General der Infanterie und Generaladjutant von Werder, ist, 84 Jahre alt, in Berlin gestorben.

Ein Entwurf des neuen Reichsapatheengesetzes wurde bekannt gegeben.

Der König von Sachsen ist in Madrid zum Besuche am spanischen Hofe eingetroffen.

Nach einem Beschlusse des Hauptverbandes des Arbeitgeber-Schutzbundes der deutschen Holzindustrie werden am 1. April in Berlin und mehreren anderen Städten alle im Deutschen Holzarbeiter-Verbande organisierten Arbeiter ausgesetzt.

In der Budgetkommission des Reichstages wurden die Mehrforderungen im Postetat für Unterbeamtengehälter bewilligt.

Generalmajor Fein hat gegen den Redakteur Schirmer von der „Germania“ die Privatklage wegen Verleumdung angehängt, nachdem ein Eilbescheid fruchtlos verlaufen war. Es handelt sich um Erörterungen, die die „Germania“ an die Veröffentlichung der gestohlenen Briefe geknüpft hatte.

Ueber die Erklärung des russischen Ministerpräsidenten ging die Duma zur Tagesordnung über.

In verschiedenen Städten Rumaniens kam es neuerdings zu schweren Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung.

Die amtliche Denkschrift über Privatbeamtenversicherung.

Es ist ein Beweis der großen Bescheidenheit unserer sozialpolitisch interessierten Kreise, wenn die Entwürfe des Staatssekretärs Grafen v. Posadowski über die Rentenversicherung der Privatbeamten in den Verhandlungen des Reichstages vom 14. d. M. mit großer Freude entgegengenommen haben. Der Grund für diese günstige Stimmung bestand in der Auffassung einer sofort zu verteilenden Denkschrift des Reichsamtes des Innern. Diese hatte die Ergebnisse, die die Verbände der Privatbeamten über ihre wirtschaftliche Lage und über ihre Versicherungsbedürfnisse auf Grund von Fragebogen angestellt hatten, im statistischen Amt des deutschen Reiches wissenschaftlich verarbeiten lassen. Es waren 187 000 Fragebogen eingegangen, von denen 155 000 zu Bearbeitungen geeignet erschienen. Die Denkschrift berechnet nun die Kosten der neuen Versicherung und kommt zu dem Ergebnis, daß rund 14 1/2 Prozent des Einkommens notwendig wären, um die Rentenversicherung der Privatbeamten herbeizuführen. Unter Umgehung jenes Prozentfußes auf das durchschnittliche Jahreseinkommen von rund 2100 Mark würden sich im Durchschnitt als zu zahlender Jahresbeitrag 304,50 Mark ergeben. Unter dieser Voraussetzung würden gesamt werden können nach 10 Jahren eine Invalidenpension von 525 Mark, eine Witwenrente von 217 Mark, eine Waisenrente von 42 Mark; nach 20 Jahren eine Pension von 875 Mark, eine Witwenpension von 350 Mark und eine Waisenrente von 70 Mark; nach 30 Jahren eine Invalidenpension von 1225 Mark, eine Witwenrente von 490 Mark und eine Waisenrente von 80 Mark; nach 40 Jahren eine Pension von 1575 Mark, eine Witwenrente von 630 Mark und eine Waisenrente von 120 Mark. Würde man den Jahresbeitrag auf 150 Mark, also auf etwa die Hälfte des obigen Betrages, festsetzen, so würde sich nach 40 Jahren eine Pension von 820 Mark, eine Witwenrente von 315 Mark und eine Waisenrente von 63 Mark ergeben. Vorbehaltlich eines Studiums der Denkschrift, die darüber Auskunft geben muß, in welcher Weise die Beiträge zwischen Arbeiter, Arbeitgeber und event. dem Reiche verteilt werden, muß man doch sagen, daß eine so enorm hohe Prämie von 304 M. bzw. 150 Mark kaum die zur Zufriedenheit Veranlassung gebende Grundlage der Versicherung der Privatbeamten wird abgeben können. In keiner Weise ist jedoch von Seiten der Regierung flargelegt worden, wer die La-

sten dieser Versicherung in der Hauptfrage oder anteilsweise tragen soll, ferner nicht, welche Wege eingeschlagen werden sollen, ob die Angliederung an das Invalidenversicherungsgesetz oder eine selbständige Rentenversicherung geschaffen werden soll. Ebenso zweifelhaft ist auch der Zeitpunkt geblieben, in dem eine solche Versicherung der angegebenen Prämie mindestens wert erscheinen sollte, in Kraft treten wird, ob etwa die noch in weiter Aussicht stehende Vereinfachung der Arbeiterversicherung, ob die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung abgewartet werden soll oder nicht. Man wird sich tun, bei aller Anerkennung des anscheinend vorhandenen Willens zur Reform, die Erklärungen des Staatssekretärs nicht zu übersehen; sie bedeuten eigentlich nichts weiter, als die Erfüllung einer Aufgabe, bereits vorhandenes statistisches Material wissenschaftlich zu verarbeiten zu lassen. Sie zeigen eine wenig erhellende Kostenberechnung, ohne über den Weg, der beschritten werden soll, etwas Näheres anzugeben. Die Vertreter des in der Entscheidung begriffenen Mittelstandes werden in jeder Beziehung auf eine Klärung der Verhältnisse nach wie vor bedacht sein und das Verhältnis zwischen Beitrag und Leistung in das richtige Licht zu rufen haben. Bei Prämien, wie sie der Staatssekretär angegeben hat, scheint fast eine Privat-Versicherung, zu der freilich die Privatbeamten kein Geld zu haben pflegen, günstiger.

Eine deutsche Frau in Damaraland.

Lindequist, der Gouverneur von Deutsch-Südwestafrika, hat unlängst gesagt, daß eine Kolonisation nur mit Hilfe der Frauen erfolgreich durchgeführt werden kann. Daß das Leben in den Kolonien neben mancherlei Opfern und Entbehrungen, die es natürlich der Weiblichkeit für eine schmerzliche Aufgabe ist, ein Gebiet reichen Wirkens erschließen kann, lehrt eine Schilderung, die Margarete v. Edenbecher über ihre Erlebnisse in Damaraland in einem Vortrage entwirft.

Schon als ganz junges Mädchen schwärmte sie für Südwestafrika; denn ihr Vater und späterer Gatte, der dort gewesen war, hatte ihr die Pflichten damit erfüllt. So war es denn kein Wunder, daß vier Tage nach der Hochzeit die Ausreise angetreten wurde. Nachts erglänzt wird von ihr der Aufenthalt in Karibib erzählt, einer über Nacht aus dem Erdboden emporgeschossenen modernen Stadt, in der der Anblick einer Einkaufs für eine Reise ins Innere macht, um hier sein erstes Zielgegend zu zahlen. Zu den Dingen, die er wirklich braucht, gehören geeignete Tauchgegenstände. Unter diesen waren vor allem die Tippeisfingerringe beliebt. Aber sie mußten den Stempel der Firma tragen, dann zahlten Pottentotten und Herreros die höchsten Preise dafür.

Allmählich kam der Farmbetrieb in Gang. Ein Garten wurde am Flusse angelegt, der Datteln, Feigen, Erdbeeren, Kirschen und was seinem Boden anvertraut wurde, trug. Vieh wurde angeschafft, das gut gedieh, und schließlich auch ein Haus gebaut, eigenständig, mit Hilfe der Eingeborenen; auch die Ziegel wurden selbst geformt und gebrannt, das heißt in der Sonne getrocknet. Der Aufbruch zu dem Holz wegen der Datteln nicht zu brauchen war, wurde aus Rohm hergestellt und nach den Klängen einer von Herrn v. Edenbecher gespielten Harmonika von den eingeborenen Damen festgesetzt. Als nun alles eingerichtet war, regte sich die Keule, und es wurden Viehe gemacht, wozu in Afrika einige Umstände nötig sind: die Ochsenkarren und die Treiber, die Bedienung für die Herrschaft und ihr Kind, zwei Milchkuhe und einige Ziegen mit ihren Kammern, ein Sühnerhalt unter dem Bogen festgeschaltet, auf dem Bogen zwei Fässer mit Wasser — so werden in Afrika Viehe gemacht, und so werden auch Besucher empfangen.

Die Edenbecher'sche Farm stand bald in gutem Ansehen wegen der Bewirtung. Dabei wurde sie durch ein schändliches, echt afrikanisches Intermezzo berührt. Frau v. Edenbecher hatte ihre schwarzen Haare in wunderbar farbenprächtigen, selbstgebasteten Mänteln vor dem Wind hinter ihrem Stuhl posiert, mit gekrümmten Armen jedes Windes gewärtig, da kann ihr Gatte seine Seite nicht mehr verbergen. Unmuthlos und doch abnungsvoll dreht sich die Fraustrau um und siehe, einer ihrer Haare hat sein weißes Seid aus der blauen, mit roter Schärpe gekrümmten Haare gezogen und bearbeitet damit die Zeller. Verirrt, warum er das tue, antwortet er: Ach, gnä Frau, das Tuch, das du mir gegeben, war mir zu schade dazu.

Immer blühender entwickelte sich die herrliche Farm, das Vieh vermehrte sich und es gab lohnenden Absatz dafür; die Bodenprodukte strömten in einer Fülle, daß längst nicht alles verkauft werden konnte und Wagen voller Früchte verstaubten wurden. Nichts fehlte zum Glück, da kam der unglückliche Krieg, der sie unter großer Lebensgefahr von der Farm vertrieb, zu der zurückkehren die tapfere Frau sich sieht.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Reichstags-Hausrecht.

Mit bemerkenswerter Promptheit hat der Erste Reichstagspräsident Graf Stolberg gegen den Versuch der Staatsanwaltschaft Prozeß eingeleitet, ein Strafverfahren oder das Ermittlungsverfahren in Bezug auf die im Reichstagsparlament, polizeilich nicht angemeldeten sozialdemokratischen „Versammlungen“ einzuleiten. Nach der freundlichen Einführung des Untersuchungsrichters in den Reichstag durch den Abg. Erzberger hat allerdings das Parlament alle Ursache, auf die peinliche Wahrung seines Hausrechts Wert zu legen. Im Reichstag übt der Präsident die Polizeigewalt aus. Daran kann nicht gerüttelt werden. Es heißt, daß Graf Stolberg dem Reichstag Wilkom dies Recht ausdrücklich geltend gemacht und erklärt habe, er sehe sich nicht in der Lage, die Geschäfte des Präsidiums weiter zu führen, falls irgendwelcher Eingriff in seine Befugnisse erfolge. Die bündlerische „Tageszt.“ meint heute, der Reichstagspräsident habe keine Möglichkeit, das Vorgehen der Staatsanwaltschaft zurückzumeilen; bei Ausübung des Hausrechts müßten die allgemeinen Reichs- und Staatsgesetze beachtet und befolgt werden. So, hierüber hat eben der Reichstagspräsident zu entscheiden, und man wird von einem Manne in dieser hohen und verantwortlichen Stellung gewiß nicht annehmen können, daß er Verletzungen der gesetzlichen Bestimmungen dulde. Bisher ist jedenfalls nichts darin gefunden worden, daß die Parteimitglieder im Reichstagspolitische Verbrechen veranlaßten, die über den Rahmen einer Fraktionsbildung hinausgingen. Konstante ebenso wie Nationalliberale und Freisinnige haben zu wiederholten Malen eine Anzahl nicht dem Reichstage angehöriger „politischer Freunde“ zu solchen Konferenzen. Niemals ist daran gedacht worden, diese „Versammlung“ polizeilich anzumelden. Wir finden es daher nicht richtig, daß die „Nationalzt.“, die zuerst die Meldung von den sozialdemokratischen „Geheimversammlungen“ brachte, allerdings, nachdem von der Staatsanwaltschaft eingeschritten war, heute noch weiteres Belastungsmaterial gegen den sozialdemokratischen Fraktionsvorstand und den Parteivorstand durch Abdruck vertraulicher Zirkulare zusammenträgt. In einem der Geheimzirkulare wird als Gegenstand der Besprechung mit Mitgliedern der Generalkommission der Gewerkschaften die Maifeyer genannt. Der Einleider der Geheimzirkulare an die „Nationalzt.“ — man sieht, die Sozialdemokratie wird bei dieser Veröffentlichung vertraulicher Briefe einmal mit ihren eigenen Waffen geschlagen — hegt folgende düstere Befürchtungen: „Wenn das so weiter geht, wer garantiert dafür, daß nicht eines Tages die weitestgehenden Konspirationen gegen Staat und Gesellschaft seitens der Sozialdemokratie gepflogen werden.“ Uns scheint solche Befürchtung stark schwarzgelehrter Art. Wir, weitestgehende Konspirationen“ würde die Sozialdemokratie, vorausgesetzt, daß sie überhaupt auf derartige Pläne verfiel, wohl viel vorzuziehen. Zusammenkunftsworte wählen, als ein Sitzungszimmer im Reichstag. Ein Blatt der bürgerlichen Unterwelt ob der Vorlesung nicht lärm schlagen; es ist nicht Sache des Liberalismus, Anhaltspunkte für Ermittlungen zu liefern, auch nicht wenn es sich um politische Gegner handelt. Alle Parteien ohne Ausnahme sind an der Wahrung des Reichstagsrechts interessiert. Die Stellungnahme des Reichstagspräsidenten Graf Stolberg ist der Beweis dafür.

Der Inognito-Besuch des österreichischen Thronfolgers in Berlin.

Zu dem angeblich so geheimnisvollen Berliner Aufenthalt des Erzherzogs Franz Ferdinand, des Thronfolgers von Oesterreich, erzählt die „N. O. C.“ aus Wien von zuverlässiger Seite, daß der Erzherzog tatsächlich die deutsche Reichshauptstadt nur eines Ohrenleidens wegen aufgesucht hat. Der Kaiser hatte dem Thronfolger seinen eigenen Oheim-Spezialisten empfohlen und ihm gewissmaßen bei diesem eine Einführung gegeben. So war es allein aus diesem Grunde mir ganz natürlich, daß der Erzherzog dem Kaiser einen Besuch abstattete, und er tat dies, ehe er sich zu der ärztlichen Konsultation begab. Daß während der längeren Unterredung des Kaisers und des Erzherzogs nicht nur über Wind und Wetter, sondern auch über politische Dinge gesprochen wurde, ist ganz selbstverständlich, und man begreift nicht recht den Ueberfluss von gewissen Offiziellen, es so hartnäckig abzuleugnen, als wäre es etwas Außergewöhnliches und Verwunderliches. Nicht minder selbstverständlich entzieht es sich aber der Kenntnis, welche politischen Fragen im Laufe der Unterhaltung berührt wurden. Doch wird an der angedeuteten, bestunterrichteten Stelle in Wien, der die „N. O. C.“ ihre Mitteilung verdankt, Wert auf die Feststellung gelegt, daß der Erzherzog keinesfalls mit dem Kaiser die Frage der Kommandosprache erörtert habe, — wie behauptet worden ist.

1. Beilage

zu Nr. 78 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Mittwoch, 20. März 1907.

Unsere verehrlichen

Postabonnenten

machen wir darauf aufmerksam, daß jetzt die **Briefträger** wegen Weiterlieferung der „Nachrichten“ im zweiten Quartal anfragen. Wir bitten freundlich, die Erneuerung **somit** vornehmen zu wollen, damit am 1. April in der pünktlichen Zustellung keine Verzögerung eintritt.

Auch können

Neubestellungen

bei den Briefträgern aufgegeben werden.

Geschäftsstelle

der „Nachrichten für Stadt und Land“.

Deutscher Reichstag.

22. Sitzung.

Berlin, 19. März.

In erster und auch gleich zweiter Beratung wird ohne Debatte der Vertrag zwischen dem Reiche und Lauenburg vom 2. d. M. über den Beitritt Lauenburgs zur Norddeutschen Brauereigemeinschaft genehmigt.

Alsdann wird die Besprechung der Interpellation Abrecht, betreffend

Eingriffe von Behörden in die Reichstagswahlen, fortgesetzt.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Verg.): Eine Erklärung von mir bei der Staatsberatung ist missverständlich worden. Ich halte es für durchaus vertretlich, wenn die Fonds von Parteien gestiftet werden durch Mittel, die von der Regierung zumangebracht sind. Wir selbst haben jede Unterstützung solcher Art abgelehnt. Dagegen muß es allerdings der Regierung gestattet sein, durch auffällende Neuerungen in die Wahlbewegung einzugreifen. Die Sozialdemokraten haben übrigens am allerwenigsten Anlaß, sich über Wahlmanipulationen zu beschweren. Hoffentlich kommt noch einmal gegen sie eine lächerliche Front von Normann bis Rugard zustande.

Abg. Bebel (Soz.): Amtliche Wahlbeeinflussungen sind ja wohl immer vorgekommen, aber niemals in einem Umfange wie diesmal, und noch nie haben wir diesmal Material dafür in die Hand bekommen. In dem Briefe an Herrn Liebert hat uns der Reichstanzler auf schwerste Weise beleidigt. Wenn der Reichstanzler in den Wahlkampf eingegriffen will, so können wir wenigstens verlangen, daß er das in würdiger Weise tue. Was heute uns passiert, kann morgen einer anderen Partei passieren, und schon deshalb muß man gegen ein solches Vorgehen protestieren, schon dieser Konsequenzen wegen. Der Reichstanzler will als Privatmann Gelder hergeben haben, er hat sich aber als Sammelstelle für Wahlgelder etabliert, und wenn er dem Präsidenten des Flottenvereins Geld für die Wahlen zur Verfügung stellt, so geht daraus klar hervor, daß er den Flottenverein, der doch kein politischer Verein sein will, für einen politischen Verein anzieht.

Flottenverein und Kriegervereine greifen in die politischen Wahlen ein, und kein Staatsanwalt traut danach, aber wenn wir, dem Gebrauche aller politischen Parteien folgend, hier in diesem Hause mit geladenen Gästen konferieren, so soll — wenigstens haben wir das gestern in den Mäntern gelesen — der Staatsanwalt einzuschreiten beabsichtigen. Wir wissen nicht, ob die Nachricht richtig ist, sollte sie sich aber bestätigen, so wäre das wieder ein Beweis dafür, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, daß es für die Arbeiterklasse kein Recht und keine Gerechtigkeit gibt. Durch die Briefe des Fürsten Bülow an den Präsidenten des Verbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie wurde dieser Verband der offiziellen Wahlrepräsentant der Regierung, so daß vor ihm bei den Behörden alle Türen aufgingen. Herr v. Liebert bestreitet ja trotzdem noch jetzt durch eine Abwehrbewegung, daß er offizieller Regierungskandidat gewesen ist. Im Gegensatz dazu hat ein anderer bürgerlicher Abgeordneter offen seinen Wählern gegenüber eingestanden, daß er Kandidat der Regierung sei, nämlich Herr Dr. Hermes. (Seiterkeit.) Der freijüdische Wahlausschuss in seinem Wahlkreis hat das den Wählern auch schwarz auf weiß bekannt gegeben. Früher — jetzt nicht mehr — galt es als eine Schande für einen freijüdischen, Regierungskandidat zu sein. Im Jahr ferner fungierte Herr Semler als offizieller Vermittler der Regierung, um dort dahin zu wirken, daß bei der Stichwahl Trimbom gewählt werde und nicht der Sozialdemokrat. Ueberall also offizielle napoleonische Zustimmung in die Wahlen. So auch von Seiten des

Oberpräsidenten der Rheinprovinz, des Herrn von Schorlemer. Auch der Kaiser ist über diese Art der Kriegführung gegen uns offenbar genau unterrichtet worden. Das ist auch zu erleben aus dem Vorgange in der Nacht nach dem Wahltage vor dem Schloß. Der Kaiser erinnerte an das Wort des Obersten v. Kottwitz im Prinzen von Somburg: „Was kümmert uns die Regel?“ Auch da kommt es zum Ausdruck: Was kümmert uns, ob der Sieg anständig erfochten wird oder unanständig. Das ist ganz egal. Das sollte hat der Reichslügenverband geleistet und leistet er auch jetzt noch, und die bürgerliche Presse druckt ihm seine Lügen fort dauernd willig ab, so die Lüge, daß ich mit Singer am Wahltage irgendwo Cham pagner getrunken habe. Berichtigungen nehmen die Redakteure: Legen Sie erst 20 M auf den Tisch. (Große Seiterkeit.) Persönliche Niederträchtigkeit, persönliche Verleumdungen zu verbreiten, das ist die Aufgabe dieses Verbandes. Wie ist in diesem Wahlkampf auch wieder Kollege Singer verleumdet worden. Von allen Seiten ist uns die Nachricht zugegangen, daß ihm wieder und wieder nachgesagt worden ist, er habe einen Mädchen, das um Vohnerhöhung bat, geantwortet, es solle doch auf den Strich gehen. (Unruhe rechts.) Was würden Sie, Herr v. Liebert, sagen, wenn Sie einen Bruder hätten, der ein Schuft ist, und wenn man Ihnen die Schuftigkeit dieses Bruders zuschöbe? Sie würden gewiß die stärksten Ausdrücke finden. Und hier handelt es sich nicht einmal um Singers Bruder, sondern um einen Fremden, einen Kompagnon. Freilich wer kennt Rosenbaum? Rosenbäume gibt es unzählige. (Stürmische Seiterkeit.) Und solche Lügen verbreiten Leute, die noch dazu besonderes Ehrgefühl haben wollen. Oberbürgermeister Beutler in Dresden wünscht zu dem Siege unserer Gegner in Dresden-Altfeld Glück mit den Worten: Zu diesem Siege über Unterland und Bosheit — (Sehnsucht Bräuer rechts.) Die Bräuer sind mir recht, sie kennzeichnen Sie, Sie sind von demselben Schlage wie dieser Mann. Daß Herr Beutler in solcher Weise Zehntausende von Wählern beleidigte, das war eine lärmende Seiterkeit, eine Infamie. (Bei seinen weiteren Ausführungen verbreitet sich rechts immer mehr lärmende Seiterkeit.) Herr v. Liebert hat selbst im Wahlkampf in der unlautersten Weise Klame für die Kolonien gemacht und hofft, daß dem Kolonialdirektor als Wahlagitator auch alle die anderen Staatssekretäre künftig folgen werden. Nun, das kann ja schon werden! Verlegungen, Verleumdungen sind ja niemals als klammer getrieben worden als schon bisher, und wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, gehörte niemand mehr auf die Anklagebank als der Reichstanzler. (Gelächter und Beifall.)

Abg. Zimmermann (Metz): Ich fühle mich durch des Vorredners Ausführungen erinnert an das Institut der Klage weiber. Wer ihn früher gehört habe, müsse sich eigentlich fragen: Warum er Bebel, wie ich ihn du dir verändert! (Seiterkeit.) Die Klagen Bebel's über unzulässige Wahlbeeinflussungen seien im wesentlichen unbegründet, ebenso die über persönliche Verunglimpfungen, denn mit solchen seien gerade die sozialdemokratischen Agitatoren vorausgegangen.

Abg. Zimmermann (D. Nimpf): Abg. Bebel hat heute die Rolle eines Klageweibes gespielt. Bezüglich der Klage gegen die sozialdemokratische Fraktion weisen wir die Verleumdungen der Staatsanwaltschaft, sich in Reichstagsakten einzumischen, entschieden zurück. Der deutschen Studentenschaft gebührt unser Dank für ihre Wahlkritik. (Beifall rechts.) Gegen persönliche Verunglimpfungen wird wir auch, denn müssen aber auch sozialdemokratische Agitatoren danach handeln.

Abg. Varenhorst (Npt.): Ein Rarissimus muß da sein, und da wird der Reichstanzler, die Konstanten und National-liberalen dazu gesammelt. Als Sündenbock muß auch der Flottenverein und der Reichsverband herhalten. Zur Ehre der weissen Bevölkerung muß ich sagen, daß sie dem Aufruf ihrer Parteileitung nicht folgte und nicht sozialdemokratisch gewählt hat. An Wahlbeeinflussungen ist nur eine vorgekommen, und das war die Auflösung des Reichstages. (Große Seiterkeit.) Das war das gute Recht der Regierung, sonst wäre sie eine Schlafmuse. (Große Seiterkeit.) Wir sind stolz, daß wir den Reichsverband aus den Wahlen gehoben haben. (Schallende Seiterkeit.) Doch der Reichsverband seine Schuligkeit getan hat, dafür sprechen die Erregungen der Herren Bebel und Fischer.

Abg. Dr. Wagner (Konf.): Darüber, daß jüdische, ausländische Studenten den Sozialdemokraten Schlepperdienste geleistet haben, hat Herr Bebel sich nicht bedarmt. Herr v. Liebert wird für alles moralisch verantwortlich gemacht, was in seiner Firma geschehen. Wenn Herr Bebel sagt, er hätte in München nicht von Bauern, sondern von Agrariern gesprochen, die die borniertesten Menschen seien, so hat er hier eine Unwahrheit gesagt.

Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner wegen dieses Vorwurfs zur Ordnung.

Abg. Dr. Wagner (fortfahrend): Die Konservativen haben stets der Regierung das Recht zugesprochen, bei den Wahlen zu reden. Der Reichstag soll ein Spiegelbild und nicht ein Zerrbild der Volkssimmung sein, und deshalb billigen wir das Vorgehen der Behörden. Die Sozialdemokratie ist keine nationale Partei, das hat sie 1870/71 und seither stets bewiesen. Sie hat vielmehr stets nur gehetzt, gesündigt und den Klassenhaß geschürt. Eine schwere Verleumdung ist es, wenn gesagt wird, Kaiser Wilhelm I. und Fürst Bismarck hätten sich nur

aus Angst vor der Sozialdemokratie

zur Sozialgesetzgebung bereit gefunden. Das ist total unwahr. (Sehr richtig!) Ich hoffe, daß die Bevölkerung und die Behörden auch fernerhin der Sozialdemokratie gegenüber ihre Pflicht tun werden. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hermes (fr. Vpt.) tritt dem Abg. Bebel bezüglich seiner Bezeichnung als „Regierungskandidat“ entgegen. Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Abg. Singer (Soz.) erklärt persönlich, es sei überhaupt nicht erwiesen, daß sein Sojus die betreffende Neuerung der Arbeiterin gegenüber wirklich gebraucht habe. — Abg.

v. Liebert (Npt.) persönlich: Ich vermahne mich gegen die Verleumdungen des Abg. Bebel. — Vizepräsident Dr. Baasche: Verleumdungen sind nicht gefallen, sonst wären sie gerügt worden. — Abg. v. Liebert: — dann Aufkündigungen. Auf uns machen sie keinen Eindruck mehr. — Abg. Bebel (Soz.) persönlich: Die Tätigkeit des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie — (Glode.) — Vizepräsident Dr. Baasche bittet, diesen Ausdruck, der schließlich sich zu einer Verleumdung auswachte, zu unterlassen. (Beifall.) — Abg. Dr. Wagner (Konf.): Die Angriffe des Abg. Bebel richten sich nicht gegen mich, sondern gegen den gesunden Menschenverstand. (Große Seiterkeit.) — Nach einigen weiteren persönlichen Bemerkungen wird der Gegenstand erledigt. (Staatssekretär Graf Posadowsky erscheint am Bundesratsstisch.)

Es folgt die Interpellation der Abgg. Seyda und Gekoffen, betreffend Ausweisung polnischer Schüler von höheren und mittleren Lehranstalten.

Vizepräsident Dr. Baasche befragt den Staatssekretär, ob er bereit sei, die Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Regierung

lehnt die Verantwortung ab,

weil die Interpellation sich auf eine rein preussische Angelegenheit bezieht. (Beifall.) Der Staatssekretär verläßt den Saal. Große Unruhe.

Vizepräsident Dr. Baasche: Bepredung ist nicht beantragt, wir verlassen den Gegenstand. (Großer Lärm bei den Polen.) — Abg. Norstjan (Soz.) zur Geschäftsordnung: Bei dem Lärm war es nicht möglich, den Präsidenten zu verstehen, ich begreife sein Verhalten nicht. — Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Ordnung. — Abg. v. Garlinski (Soz.): Es war doch selbstverständlich, daß wir die Bepredung beantragten würden. — Vizepräsident Dr. Baasche: Dann mag das Haus entscheiden. — Bei der Abstimmung wird Bepredung beschlossen.

Abg. Seyda (Soz.) begründet die Interpellation, in der gefragt wird, ob dem Reichstanzler bekannt sei, daß im Bundesstaate Preußen aus höheren und mittleren Lehranstalten vielfach Schüler lediglich wegen der Stellungnahme ihrer Eltern in der Frage der Erteilung des Religionsunterrichts ausgewiesen werden, so daß ihnen dadurch der Volksgenuß der durch Reichsgelege gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte unmöglich gemacht werde. Redner führt aus: Es handelt sich bei den 120 ausgewiesenen Schülern, von Gymnasialisten, Seminaristen und Präparanden, nicht um Veranlassungen von Kneipereien oder unsittlichen Orgien, sondern um religiöse Fragen und um Fragen der Erziehung. Die Maßregeln der preussischen Regierung, die den Schülern unter allen möglichen Umständen nachsteht, sind geradezu barbarisch.

Präsident Graf Stolberg bezeichnet diesen Ausdruck in Bezug auf den preussischen Staat für parlamentarisch unzulässig.

Abg. Seyda (fortfahrend): Es handelt sich nicht um eine rein preussische Angelegenheit, sondern um eine reichsdeutsche, da Reichsangehörige durch die willkürliche Affe der preussischen Unterrichtsverwaltung behindert sind, sich diejenige Bildung zu erwerben, die auf den höheren Lehranstalten zu erlangen ist. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Normann (Konf.): Meine politischen Freunde lehnen es ab, sich an der Bepredung zu beteiligen. Wir halten diese Interpellation, im Reichstage eingebracht, für eine Schwächung der Autorität der preussischen Regierung, die wir mit Entschiedenheit zurückweisen. (Bravol rechts.)

Abg. Fritzen-Diffendorf (Zentr.): Wir verlangen erteilt werden, daß die Religion in der Mutterprache erteilt werde. Ueber den Schultreiß haben wir uns dahin ausgesprochen, daß wir es mißbilligen, daß die Eltern zu dem Mittel des Schultreißes gegriffen haben und so einen Zweipakt zwischen die Autorität der Eltern und der Lehrer bringen. Wir halten die Maßregel für unmoralisch, durch die Schüler mit guten Zeugnissen gezeugen werden, auf eine höhere Schulbildung zu verzichten. Wir halten diese Maßregel auch politisch für durchaus unrichtig. Diese Schüler sind, wenn sie Männer geworden sein werden, mit allgemachem Haß erfüllt. (Rehbares Sehr richtig!) Ich wünsche daher, daß der Reichstanzler als Ministerpräsident darauf hinwirken wird, daß diesen Maßregeln ein Ziel gesetzt werde. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ortel (natlib.): Die politische deutsche Agitation ist derart, daß wir uns energisch auf uns selber besinnen müssen. (Lärm bei den Polen.) Wenn Sie einmal in die östlichen Provinzen kämen, dann würden Sie sehen, daß die Deutschen die Angegriffenen und die Polen die Angreifer sind. Die politische Presse untergräbt mit ihren Gegereien Sitte und Moral. Die preussische Regierung müßte ja mit dem Dämälde geschlagen sein (große Seiterkeit), wenn sie solche Zustände leiden würde. Die Kulturträger sind stets die Preußen und Deutschen und nicht die politischen Bauern gewesen. Wenn die großpolnische Agitation nicht bestände, dann würden die Polen sich sehr wohl bei uns fühlen. (Widerpruch.) Die Agitatoren gehen von Haus zu Haus und reizen die Bauern gegen die Regierung auf, und die Abgeordneten stellen sich hier hin und schimpfen auf Deutschland, trotzdem alles Mögliche für die Polen geschieht. (Große Unruhe.)

Präsident Graf Stolberg erklärt diesen Ausdruck für unzulässig. (Lärm bei den Polen: Ordnungsruf!)

Abg. Dr. Ortel (fortfahrend): Den Polen kommt es nicht auf die Verfolgung idealer Zwecke an, wie Sie vorgehen, sondern lediglich um Demonstrationen gegen die Regierung. Wir werden die Maßnahmen einer konsequenten Regierung, als welche wir die preussische ansehen müssen, gut heißen, wenn sie auch in die Lösung der Schulfrage in den Ostmarken veranlassen wird.

Abg. v. Orben (Npt.) erklärt, daß auch seine Freunde sich an der Bepredung dieser rein preussischen Angelegenheit nicht beteiligen werden.

Abg. Gysling (fr. Vpt.): Der Schultreiß und die Agitatoren verurteilen sich nicht nur gegen die Weiche, sondern auch gegen die Kinder. Es wird eine Saat in die Seele der Kinder gelegt, aus der nur Intemperanz entspringt. Die politischen Geistlichen, die den Streit geschürt und in-zeniert haben, sind streng zu verurteilen. Die Delegation

